

Good Financial Governance

Ein Interview mit Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler

Der Bund der Steuerzahler ist ein Verein, der sich u.a. für eine sparsame Verwendung von Steuermitteln und den Bürokratieabbau einsetzt. Im schriftlichen Interview zum Thema „Good Financial Governance“ erläutert der Präsident Reiner Holznagel die Arbeitsweise und Struktur des Vereins sowie dessen Erfolge.



Der Bund der Steuerzahler ist ein 1949 gegründeter privater Verein und eine Lobbyorganisation zugleich. Zu seinen Zielen gehören Steuersenkungen, der Abbau von Bürokratie und Staatsverschuldung sowie eine sparsame Verwendung von Steuergeldern. In welcher Rolle sehen Sie den Verein, wenn es um die staatliche Wirtschafts- und Fiskalpolitik in Deutschland geht?

Wir sind kritische Begleiter der Steuer- und Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Kommunen und bieten immer konkrete Lösungen an. Wir decken Steuergeldverschwendung auf, fordern die Bestrafung von Haushaltsuntreue und engagieren uns für eine faire Besteuerung aller Bürger und Betriebe.

Wie sehr diese Themen die Menschen bewegen, zeigen die repräsentativen Trendumfragen, die wir jedes Vierteljahr in Auftrag geben. Unser Belastungs-Index macht deutlich: Es reicht! 87 Prozent der Deutschen empfinden die allgemeine Belastung als „zu hoch“. Dass wir mehr als die Hälfte des erwirtschafteten Einkommens an den Staat abführen müssen, ist mehr als genug!

Ich denke, wenn wir den Abbau des Solidaritätszuschlags für alle Bürger und eine Reform des Einkommensteuertarifs grundlegend anpacken, kommen wir ein gutes Stück voran. Zur Entlastung der Bürger gehören aber auch eine stärkere Senkung des Arbeitslosenbeitrags und geringere Wohnkosten – hier ist die Belastung zum Beispiel durch Grundsteuer und Grunderwerbsteuer sehr hoch. Auch das Thema Steuervereinfachung und die Besteuerung von Unternehmen – gerade im internationalen Kontext – gehören auf Deutschlands Agenda. Deshalb sehen wir uns als kritische, aber immer konstruktive Ansprechpartner der Politik.

Können Sie uns einen kurzen Überblick über den BdSt geben – seine Arbeitsweise und seine (föderale) Organisationsstruktur?

Wir sind ein gemeinnütziger Verein und finanzieren uns ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aus der Bevölkerung. Das schützt vor staatlicher Einflussnahme und gewährleistet eine Distanz zu Politik und Verwaltung – der Bund der Steuerzahler ist überparteilich und unabhängig. Der Verband, der 1949 gegründet wurde, ist in 15 eigenständigen Landesverbänden organisiert, die gemeinsam den Bund der Steuerzahler Deutschland tragen. Mit dem [Deutschen Steuerzahlerinstitut](#) verfügen wir über eine eigene fi-

nanzwissenschaftliche Forschungseinrichtung. Unseren rund 250.000 Mitgliedern bieten wir gezielte Hilfestellungen an – bis hin zu Musterprozessen. Um die Interessen der Steuerzahler zu verteidigen, gehen wir – wenn es sein muss – sogar bis vor das Bundesverfassungsgericht.

Zu unserer Arbeitsweise beziehe ich mich gern auf das Schwarzbuch, das den Beinamen „Die öffentliche Verschwendung“ trägt: Hier gehen wir als Recherche-Verbund vor, der sich aus unseren Haushalts- und Finanzexperten zusammensetzt – damit ist das Schwarzbuch seit 45 Jahren ein Gesamtwerk des Bundesverbands und aller Landesverbände. Wir recherchieren auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene Fälle von Steuergeldverschwendung, gehen dabei auch Hinweisen aus der Bevölkerung nach und fühlen den Verantwortlichen sprichwörtlich auf den Zahn – um die Sachlage genau zu prüfen, stellen wir schriftliche Anfragen an betroffene Behörden.

Der deutsche Bundesrechnungshof ist als verfassungsmäßig verankerte Institution anerkannt und garantiert als externe und unabhängige Instanz die Finanzkontrolle des Bundes. Was nimmt der BdSt in Abgrenzung dazu auf seine Agenda, allgemein und aktuell?

Wir sind eine Bürgerinitiative ohne staatliche Unterstützung – das macht uns politisch unabhängig! Alle Bürger und Betriebe, die Steuern und Gebühren zahlen und einen sorgsamem Umgang der Politik mit ihrem Geld voraussetzen, können von unserem Wirken profitieren. Alle Menschen also, die wollen, dass die Politik ihnen ausreichend Freiraum zum Leben und Wirtschaften lässt. Hier sind wir keine Konkurrenten zum Bundesrechnungshof – vielmehr sehen wir uns als konstruktive Partner. Mit unseren ähnlichen Anliegen stehen wir für eine gemeinsame Sache und profitieren voneinander.

Vor allem denken wir an Bürger mit kleineren und mittleren Einkommen, die Entlastung der Mittelschicht sowie an Familien mit Kindern. Deshalb kritisiere ich die aktuelle Finanzpolitik, die fatale Fehler birgt. Denn extrem hohe Sozialausgaben wie die steigenden Steuerzuschüsse an die Rentenkasse kommen der jungen Generation teuer zu stehen. Außerdem schaltet die Regierung bei wichtigen Investitionen auf Sparflamme, um Sozialausgaben aufzustocken. Dieses Geld steht der Bildung, der Grundlagenforschung oder dem Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht mehr zur Verfügung. Als Bund der Steuerzahler plädieren wir für eine langfristig stabile Finanz- und Wirtschaftspolitik, die auf Steuerentlastungen, den Schulden-Abbau und stärkere Investitionen bauen sollte! Dieser Dreiklang ist solide finanzierbar, wenn sich die Politik nicht länger in teuren Wohlfühlprogrammen verliert, sondern endlich Prioritäten setzt.

Wie machen Sie Ihren Einfluss geltend und welche Erfolge verbuchen Sie auf Ihrem Konto?

Hier verweise ich gern auf unser Erfolgskapitel, das zu jedem Schwarzbuch gehört. Das Bohren dicker Bretter lohnt sich also immer wieder! Dazu nur ein Beispiel: In unserem jüngsten Sonderkapitel zur Digitalisierung fordern wir die Bündelung von Kompetenzen und damit eine Ersparnis für uns Steuerzahler. Bisher macht jedes Land bei Online-Diensten, was es will – ein roter Faden fehlt. Deshalb ist es gut, dass der Bund jetzt ein einheitliches E-Government-Portal für Deutschland aufbaut und die Länder verpflichtet sind mitzumachen. Somit erhalten die Bürger einen einheitlichen Online-Zugang zu allen staatlichen Verwaltungsdienstleitungen – egal ob am Bodensee im Süden oder auf Rügen im Norden.

Erfolge konnten wir auch im Steuerbereich erzielen. Wenn Gesetze oder Verwaltungsanweisungen zulasten der Steuerzahler beschlossen werden, setzt sich unser Verband mit Musterklagen ein. Einen großen Erfolg hatten wir bei der Pendlerpauschale. Hier haben wir beim Bundesverfassungsgericht durchgesetzt, dass Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Betrieb steuerlich anerkannt werden.

Darüber hinaus wollen wir eine sparsame und bürgernahe Verwaltung. Es gibt zahlreiche Beispiele, wo der Bund der Steuerzahler Verbesserungen für Bürger und Betriebe erreicht hat. Beispielsweise bei den Steuer-

formularen: Hier bringen wir uns jährlich mit einer Stellungnahme beim Bundesfinanzministerium ein und zeigen auf, wo Formulare oder Bescheide einfacher strukturiert, Erklärungen verbessert und die Optik leserfreundlicher gestaltet werden kann.

Sowohl in persönlichen Gesprächen mit Politikern, durch Vorträge in der Wirtschaft als auch durch Medienarbeit machen wir auf unsere konkreten Lösungsvorschläge aufmerksam und geben sie damit den Regierenden an die Hand – zum Beispiel unsere Gesetzesinitiative zur Reform des Einkommensteuertarifs oder auch unsere „Wohnkostenbremse für den Staat“ als Alternative zur „Mietpreisbremse“ der Politik.

In der jüngsten Vergangenheit ging es in vielen Ländern immer wieder um Steuervermeidung und Steuerhinterziehung der „Reichen und Mächtigen“, wie nicht nur die Panama Papiere offenlegten. Wie kann ein weiterer Vertrauensverlust in den Staat gestoppt werden bzw. verloren gegangenes Vertrauen wieder wettgemacht werden?

Zunächst einmal sollte genau unterschieden werden: Steuerhinterziehung ist illegal! Und bei der Steuervermeidung handelt es sich um Gestaltungen, die aus Sicht vieler Bürger zwar unerwünscht, aber rein juristisch gesehen legal sind. Wirft man beide Aspekte in einen Topf, wird man keine Lösung finden. Bei einer Straftat sind ganz klar die Strafverfolgungsbehörden gefragt, die solche Taten aufdecken und ahnden müssen. Bei den Steuergestaltungen sehe ich die internationale Staatengemeinschaft in der Pflicht, Regeln untereinander besser abzustimmen, damit diese nicht ausgenutzt werden können. Hier ist schon einiges passiert: So gibt es zum Beispiel einen stärkeren Informationsaustausch unter den Ländern und mehr Berichtspflichten für Unternehmen. Steuerwettbewerb verbieten können wir aber nicht, denn letztlich darf jedes Land entscheiden, wie es sein Steuerrecht regelt.

© Europäische Akademie Berlin e.V., 2018
Der Artikel gibt die Auffassung des Autors wieder.

Kontakt

Europäische Akademie Berlin e.V.
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin
+49 30 8959510
eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu